Liebe Genossinnen und Genossen,

die Terroranschläge in Brüssel waren ein Angriff auf Europa, seine Werte und seine Freiheiten. Sie sind ein letzter Weckruf für mehr europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus.

Zurück ins Saarland: Wir brauchen Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie zu sichern. Die Stahlindustrie gehört zum Saarland. Die Unternehmen und ihre Mitarbeiter haben eine Perspektive verdient.

Diese und weitere Themen findet Ihr in meinem neuen Newsletter. Viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Jo Leinen

NEUES AUS EUROPA

Und der Großregion SaarLorLux

No. 03/16, April 2016

Themen:

Aktuelle Themen der Europapolitik

Terroranschläge in Brüssel - Angriff auf Europa

Nach dem 'Nee' der Niederländer zum EU-Ukraine-Abkommen: Die Handlungsfähigkeit der EU ist in Gefahr

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

China-Delegation: Marktwirtschaftsstatus für China? Nicht ohne Reformen

Plenarwoche in Straßburg: Untersuchungsausschuss zu Panama Papers kommt!

Umweltausschuss: Parlament fordert strenge Auflagen für Nutzung von Glyphosat

News aus der Großregion SaarLorLux

Stahlindustrie gehört zum Saarland - Produktion und Arbeitsplätze in der Region sichern

5 Jahre Fukushima - Atomausstieg in Europa voranbringen

EU-Kommission stellt Reform des Europäischen Asylsystems vor

Besuchergruppen im Europäischen Parlament in Straßburg

Aktuelle Themen der Europapolitik

Terroranschläge in Brüssel - Angriff auf Europa

Die Terroranschläge in Brüssel waren ein Angriff auf Europa, seine Werte und seine Freiheiten. Sie sind ein letzter Weckruf für mehr europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus.

Nach Madrid, London und Paris ist Brüssel die vierte europäische Metropole, die vom Terrorismus heimgesucht wurde. Der Anschlag im Europa-Viertel, unweit des Europäischen Parlaments, ist auch ein Angriff auf das Symbol der europäischen Demokratie.

Europa muss dem Terrorismus die Stirn bieten und alle Mittel und Möglichkeiten zur Bekämpfung dieser menschenverachtenden Kriminalität einsetzen. Wer jetzt immer noch der Überzeugung ist, die großen Herausforderungen unserer Zeit seien mit nationalen Mitteln zu beantworten und nicht mit stärkerer europäischer Zusammenarbeit, handelt mehr als fahrlässig.

Nach dem 'Nee' der Niederländer zum EU-Ukraine Abkommen: Die Handlungsfähigkeit der EU ist in Gefahr

Wenn europäische Beschlüsse zunehmend zum Gegenstand nationaler Referenden werden, wird dies letztlich zur Handlungsunfähigkeit der EU führen. Den Initiatoren und Unterstützern des Referendums in den Niederlanden ist es allein darum gegangen, Sand in das Getriebe der Union zu streuen. Die direkte Demokratie wird dazu missbraucht, die europäische Einigung zu untergraben.

Nachdem nationale Referenden über gemeinsame europäische Beschlüsse immer mehr in Mode kommen, muss eine Debatte über europäische Lösungen für einen Bürgerentscheid begonnen werden. Ansonsten droht die EU in einem Labyrinth nationaler 'Nees', 'Nons' und 'Nos' zu versinken.

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

China-Delegation: Marktwirtschaftsstatus für China? Nicht ohne Reformen

Die Europäische Union ist die weltweit größte Handelsmacht, während China heute die größte Handelsnation ist. Der Handel zwischen den beiden Seiten hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Vor diesem Hintergrund bekommt die Frage, ob die EU China nach dem 11. Dezember 2016 als Marktwirtschaft behandeln soll, eine ganz besondere Brisanz. Der Knackpunkt hierbei ist: Die Frage ist nicht, ob China eine Marktwirtschaft ist (ist es nicht), sondern ob sich für die EU eine rechtliche Verpflichtung aus einem Absatz in Chinas WTO-

Beitrittsprotokoll ergibt.

Wir sollten keine vorschnelle Entscheidung treffen. Aus diesem Grund unterstütze ich vollständig die Europäische Kommission, die eine Folgenabschätzung und eine öffentliche Konsultation begonnen hat, um ein klares Bild zu bekommen, was für Europa auf dem Spiel steht.

Es geht aber nicht nur um die Situation in Europa. Es bestehen ernsthafte Bedenken über die wirtschaftliche Lage in China. Gigantische Überkapazitäten, eine rückläufige Nachfrage und weitreichenden Verzerrungen der Märkte haben China in eine schwierige Lage versetzt. China fordert Europa auf, sich an seine Verpflichtungen zu halten, aber wir sollten nicht vergessen, dass sich China beim WTO-Beitritt auch verpflichtet hat, Schritte hin zu einer Marktwirtschaft zu unternehmen.

Die endgültige Entscheidung muss also eine Win-Win-Situation sein: Wir dürfen die Industrie und die Arbeitsplätze in der EU nicht gefährden, sollten aber auch negative Auswirkungen auf unsere Handelsbeziehungen mit China vermeiden. Beide Partner brauchen einander.

Plenarwoche in Straßburg: Untersuchungsausschuss zu Panama Papers kommt!

Steuerflucht und Steuervermeidung müssen ein Ende haben. Steuerbetrug und Steuertricks verursachen für die 28 Mitgliedsländer der Europäischen Union einen Schaden von 1.000 Milliarden Euro pro Jahr. Deshalb ist es richtig, dass im Europäischen Parlament ein Untersuchungsausschuss eingerichtet wird, um Licht in das Dunkel der Steuerpraktiken von Millionären und multinationalen Firmen zu bringen.

Steueroasen müssen durch Mitteilungspflichten der Banken ausgetrocknet und Briefkastenfirmen geschlossen werden. Das Parlament erwartet von der Europäischen Kommission Gesetzesvorschläge für die Bekämpfung des Steuerbetrugs in Europa und weltweit.

Umweltausschuss: Parlament fordert strenge Auflagen für Nutzung von Glyphosat

Das Europäische Parlament hat die Kommission in Brüssel aufgefordert, einen neuen Vorschlag für die Verwendung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat vorzulegen. Wir brauchen einen schrittweisen Plan zur Eindämmung des Pflanzengifts statt einer Neuzulassung für weitere 15 Jahre. Die Auswirkungen des Wirkstoffs auf Mensch und Umwelt müssen genau geprüft werden. Die Europäische Kommission sollte deshalb alle zur Bewertung relevanten wissenschaftlichen Studien veröffentlichen.

Glyphosat ist der weltweit am häufigsten eingesetzte Wirkstoff zur Unkrautvernichtung. In Deutschland werden 40 Prozent der Landwirtschaftsflächen damit behandelt. Die Zulassung von Glyphosat in der Europäischen Union läuft im Juni 2016 aus.

News aus der Großregion SaarLorLux

Stahlindustrie gehört zum Saarland - Produktion und Arbeitsplätze in der Region sichern

Wir brauchen Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie im Saarland und in ganz Europa zu sichern. Die Unternehmen und ihre Mitarbeiter haben eine Perspektive verdient.

Die saarländische Stahlindustrie hat Tradition und ist ein wertvoller Wirtschaftszweig. Sie liefert hochwertige Produkte und sichert viele Arbeitsplätze in der Region. Effektive Schutzmechanismen gegen Dumpingprodukte aus dem Ausland sowie Entlastungen bei Klimaschutzobligationen müssen dafür sorgen, dass sich die Unternehmen behaupten können.

Durch Überkapazitäten und Dumpingprodukte aus Drittländern, der anstehenden Entscheidung über den Marktwirtschaftsstatus für China und der Reform des Europäischen Emissionshandelssystems sind Stahlunternehmen im Saarland großen Herausforderungen ausgesetzt. Handel, Klimaschutz und der Erhalt heimischer Industrien schließen sich nicht aus. Es muss aber effektive Maßnahmen geben, um unfairen Handelsbedingungen zu begegnen.

5 Jahre Fukushima - Atomausstieg in Europa voranbringen

Die Atomkraft hat keine Zukunft. Nach dem Konsens für den zügigen Atomausstieg in Deutschland muss bei den europäischen Nachbarn noch Überzeugungsarbeit für die Energiewende geleistet werden.

Nach Bekanntwerden des vertuschten Zwischenfalls im Atomkraftwerk Fessenheim und den seit Monaten anhaltenden Pannen in den belgischen Meilern Tihange und Doel zeigt sich, dass von den Atomkraftwerken an Deutschlands Grenzen eine ernstzunehmende Gefahr ausgeht. Deshalb ist eine grenzüberschreitende Debatte über die Sicherheit der Nuklearanlagen in Europa nötig.

Das Zurückrudern der französischen Regierung bei den Schließungsplänen von Fessenheim ist bedauerlich. Das alte und marode Kraftwerk muss noch im Jahr 2016 vom Netz gehen. Auch das an der saarländischen Grenze liegende Kraftwerk Cattenom ist ein Sicherheitsrisiko. Eine Verlängerung der Laufzeiten von 30 auf 60 Jahre ist schlichtweg nicht hinnehmbar.

Besuchergruppen im Europäischen Parlament in Straßburg

IG BCE Oberthal

Gemeinschaftsschule Riegelsberg

Kontakt

Europa-Büro Jo Leinen
Talstraße 58
D-66119 Saarbrücken
europa-buero@joleinen.de
Tel. 0681-5891331
Fax. 0681-5891332

Im Internet
www.joleinen.de
www.spd-europa.de
www.europarl.de
facebook

MitarbeiterInnen:
Marlene Lehmann
Michael Bachmann
Petra Müller-Jost